

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11754 –**

**Deutsche Rüstungsunternehmen am höheren Rüstungsetat beteiligen –
Rüstungsindustrie wieder wettbewerbsfähig machen**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, deutsche Rüstungsunternehmen bei der Vergabe von Aufträgen stärker zu berücksichtigen und dabei auch nationale Sicherheitsinteressen zu beachten. Die deutsche Rüstungsindustrie müsse wieder wettbewerbsfähig gemacht werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11754 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11754** wurde in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt fest, die deutsche Rüstungsindustrie sei seit dem Ende des Kalten Krieges systematisch, insbesondere durch die Abschaffung der Wehrpflicht und einen schrumpfenden Verteidigungsetat, wirtschaftlich geschwächt worden. Ein erheblicher Anteil der deutschen Verteidigungsausgaben fließe an Unternehmen im Ausland und komme nicht den deutschen Rüstungsunternehmen zugute. Die deutschen Rüstungsunternehmen würden zudem durch Bürokratie, erhebliche Probleme in der Produktion durch Verteuerung von Energie, Rohstoffmangel und Lieferengpässe sowie den Fachkräftemangel belastet. In der Folge mangle es an der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung daher auf, bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des erhöhten Verteidigungsetats deutsche Rüstungsunternehmen zu priorisieren, unter anderem dadurch, dass in die Angebotspreisbewertung auch der Rückfluss in Form zusätzlichen Gewinn- und Einkommensteueraufkommens aus der erhöhten Beschäftigung entlang der Wertschöpfungskette im Inland einfließe. Längerfristig sollte die Beteiligung von deutschen Rüstungsunternehmen an Aufträgen der Bundesregierung wesentlich erhöht werden. Eine weitere Forderung im Antrag der Fraktion der AfD zielt darauf ab, die Beschaffungsprozesse in Deutschland zu entbürokratisieren. Auch müssten für militärische Beschaffungen in Gesetzen und Verordnungen Ausnahmetatbestände geschaffen werden, um sachlich nicht gerechtfertigte oder unverhältnismäßige Beschränkungen zu vermeiden, zum Beispiel im Lieferkettengesetz oder bei zivilen Arbeitsschutzbestimmungen. Zudem werde Klarheit über die künftige strategische Ausrichtung und den langfristigen Finanzrahmen der Bundeswehr gefordert. Arbeitsplätze und Standorte der deutschen Rüstungsbranche sollten langfristig gesichert werden. Zudem sei in Deutschland eine angemessene Zahl an Ausbildungs- und Studiengängen so zu schaffen, dass das benötigte Fachpersonal für die Rüstungsindustrie in Deutschland ausgebildet werden könne. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion der AfD wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11754 in seiner 76. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11754 in seiner 121. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11754 in seiner 94. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11754 in seiner 77. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/11754 in seiner 79. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/11754 in seiner 84. Sitzung am 6. November 2024 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11754.

Berlin, den 6. November 2024

Hansjörg Durz
Berichtersteller